Ein „Berufsbildungs-PISA“ als Prüfstand für unser Berufsbildungssystem ist notwendig.

Interview mit dem Vorsitzenden des Bundesverbandes für Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e.V. (BLBS), Berthold Gehlert

ZBW: *Herr Gehlert, die Aufgaben an die berufsbildenden Schulen nehmen insbesondere aufgrund der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und den gewachsenen Anforderungen im Beschäftigungssystem weiter zu. Gleichzeitig ist die Versorgung der Schulen mit qualifizierten Lehrkräften gefährdet. Gehen den Schulen die Lehrkräfte aus?*

Gehlert: Die Vielfalt der berufsbildenden Schulen und erweiterte Aufgabenstellungen sorgen für wachsende Schülerströme und einen erhöhten Bedarf an qualifizierten Lehrkräften. Die grundständige Lehrerbildung kann in einzelnen beruflichen Fachrichtungen und in einzelnen Unterrichtsfächern diesen wachsenden Bedarf nicht decken. Wenn man zudem von der Wunschvorstellung ausgeht, dass die Zahl der Absolventen mit einem Lehramtsstudium über dem Bedarf liegen sollte, um eine Bestenauswahl zu ermöglichen, so kann man durchaus von einer schwierigen Lage bei der Lehrerversorgung sprechen.

Dass den berufsbildenden Schulen trotzdem die Lehrer nicht ausgehen liegt daran, dass die Bildungsadministration gerne in Sondermaßnahmen für Quer- und Seiteneinsteiger flüchtet. Aus der Sicht eines Lehrerverbandes, der aus guten Gründen das grundständige Lehramtsstudium favorisiert, ist das natürlich eine äußerst problematische Entwicklung. Immerhin lässt sich aber auch daran erkennen, dass der Beruf des Lehrers für junge, engagierte Menschen noch immer reizvoll ist.

Notwendig ist eine nachhaltige Werbung für das Lehramt an beruflichen Schulen, da viele potentielle Bewerber sich oft nur aus Unsicherheit für ein anderes Studium entscheiden. Gymnasiasten haben berufliche Schulen nie aus eigener Anschauung kennen gelernt. Sie können das Schülerklientel und die anspruchsvollen fachlichen Herausforderungen nicht sicher einschätzen.

Es ist aber auch ganz klar, dass in die Lehrerkollegien nur ein kleiner Prozentsatz an Quer- und Seiteneinsteigern integrierbar ist, da die grundständig ausgebildeten Lehrkräfte durch freiwillige Mentorenfunktionen überhaupt erst die Voraussetzungen schaffen, dass die nur knapp auf das Lehrerdasein vorbereiteten Seiteneinsteiger überhaupt eine Chance haben, sich positiv in ihrem neuen Lehrberuf weiterzuentwickeln.

ZBW: *Welche Maßnahmen könnten das Lehramt an den berufsbildenden Schulen attraktiver machen?*

Gehlert: Der Wunschkatalog ist umfangreich und reicht von kleineren Klassen bis zu Gehalts- und Aufstiegsfragen. Mindestens so wichtig wie materielle Anerkennung und ordentliche Arbeitsbedingungen ist aber für potentielle Lehramtskandidaten die ideelle Anerkennung. Deshalb muss das öffentliche Image des Lehrerberufs von Politik, Wirtschaftsvertretern und Journalisten positiv geprägt werden, denn verständlicherweise lassen sich junge Leute bei ihrer Berufswahlentscheidung vom sinkenden Sozialprestige stark beeinflussen.

Lehrkräfte an beruflichen Schulen definieren sich in erster Linie über ihre berufliche Fachrichtung. Es ist deshalb wichtig, dass der spätere Unterrichtseinsatz auch diese Qualifikationen und Kompetenzen abruft. Sich plötzlich vorrangig mit sonderpädagogischen Problemstellungen beschäftigen zu müssen, ist für einen ingenieurwissenschaftlich geprägten Fachmann sicherlich nicht unbedingt das Ziel seiner Wünsche.

Natürlich muss der Lehrerberuf so ausgestattet sein, dass er mit anderen akademischen Berufen hinsichtlich Besoldung und Leistungsanreizen mithalten kann. Schon die viel zu niedrigen Anwärterbezüge schrecken potentielle Lehramtskandidaten ab. Auch eine Einstellungspolitik nach Haushaltslage mit Zwangsteilzeit und Dreiviertelstellen wirken für ganze Generationen abschreckend. Darüber hinaus muss in Zeiten eines erstarkten Kulturföderalismus auch die bundesweite Mobilität der Lehrer erst noch gesichert werden.

Die Arbeitsbelastung der Lehrer darf nicht weiter erhöht werden. Dies ist nicht nur eine Frage der Unterrichtspflichtzeiten, sondern vor allem der Lehrerbelastung. Hohe Klassenfrequenzen, Zeitinvestitionen für die Zusammenarbeit mit Eltern und Betriebsvertretern, für Projektarbeit und Lernortkooperationen und nicht zuletzt auch für die Gestaltung einer eigenständigen Schule in Selbstverantwortung sind Beispiele für das umfangreiche Aufgabenfeld der Lehrerinnen und Lehrer. Diese Zusatzaufgaben erfordern entsprechende Zeitressourcen, die durch sog. Anrechnungsstunden auch gewürdigt werden müssen.

ZBW: *Wie beurteilen Sie die Neuausrichtung des Studiums von Berufs- und Wirtschaftspädagogen nach dem Bachelor-/Master-Modell? Ließe sich mit einer solchen Studienstruktur mehr Flexibilität bei der Gewinnung des Berufsschullehrernachwuchses gewährleisten?*

Gehlert: Die Lehrerbildung in Bachelor-/Masterstudiengangsmodellen verheißt Polyvalenz und Flexibilität. Dies wird sicherlich für den einen oder anderen Studienanfänger als wichtiges Signal gesehen und könnte deshalb Unentschiedene durchaus ermutigen, den Schritt zum Lehrberuf hin zu wagen.

Die notwendige fachliche Ausrichtung, die durch eine berufliche Ausbildung oder durch ein gelenktes Betriebspraktikum auch nachgewiesen werden muss, erfordert aber doch schon grundsätzliche Entscheidungsprozesse. Es ist deshalb nicht zu erwarten, dass die Bachelor-/Masterstudiengänge das Problem der Lehrergewinnung für berufsbildende Schulen nachhaltig verbessern werden. Eine Chance besteht allerdings darin, dass diese Studiengangsstruktur auch jene, die sich zunächst primär für ein ingenieur- oder wirtschaftswissenschaftliches Studium interessiert haben, leichter zur Lehrerbildung überwechseln können. Die Strukturfrage, die am meisten Flexibilität verspricht, ist die im Zuge von Bachelor- und Masterstudiengängen zu erkennende Konvergenzstrategie von Fachhochschulen und Universitäten. Für den BLBS ist es allerdings völlig klar, dass bei allen denkbaren Varianten an Kooperationen die Lehrbefähigung an berufsbildenden Schulen immer nur mit dem universitären Abschluss (Master) zu erreichen ist. Das Studium in der Bachelor- wie auch in der Masterphase muss dabei einen engen Bezug zu den relevanten Fachwissenschaften haben. Die Berufspädagogik erfüllt als erziehungswissenschaftliche Disziplin eine wichtige Integrations- und Koordinationsfunktion innerhalb des konsekutiven Studienganges. Ob traditionelles Lehramtsstudium oder Bachelor-/Mastermodell, immer kommt es darauf an, dass die eben skizzierten Standards der Lehrerbildung eingehalten werden. Die neue Lehrergeneration muss darauf vorbereitet werden, sich selbstständig auf neue Lehr- und Unterrichtsmethoden einzustellen und einen erweiterten Aufgabenbereich zu übernehmen, der über das Didaktische und rein Fachliche hinausweist. Deshalb ist es für den BLBS entscheidend, dass die Lehrerbildung nicht nur möglichst zügig erfolgt, sondern dass sie Grundlagen legt, die zu einer selbstständigen Weiterentwicklung der pädagogischen, fachlichen und unternehmerischen (!) Kompetenzen befähigen.

ZBW: *Berufsbildende Schulen sind in den vergangenen Jahren aufgrund der fehlenden Ausbildungsplätze im dualen System in eine Art Lückenbüßer-Rolle geschlüpft. Hat diese Situation das berufliche Schulwesen Ihrer Ansicht nach insgesamt gestärkt oder eher geschwächt?*

Gehlert: Soweit die notwendige Kompensation der fehlenden Ausbildungsplätze durch Berufsfachschulen eingeleitet wurde, ist dies alles andere als eine Notlösung. Die Ausbildung an Berufsfachschulen braucht, das zeigen auch entsprechende Untersuchungen, den Vergleich mit dem dualen System nicht zu scheuen, im Gegenteil. So wird in der Not die Tugend des systematischen Lernens in vollzeitschulischen Berufsbildungsgängen wiederentdeckt. Insbesondere für komplexe und auf hohe kognitive Anforderungen ausgerichtete Berufe wird damit ein Ausbildungsweg aufgezeigt, der gerade jetzt seine Arbeitsmarktfähigkeit beweisen wird. Dazu kommt, dass viele Schüler, die ursprünglich eine Ausbildung im dualen System gesucht hätten, sich aufgrund der schwierigen Ausbildungsplatzsituation von vornherein für einen beruflichen Bildungsweg über weiterführende berufliche Schulen entschieden haben. Es gehört zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den staatlichen Ressourcen, dass die Etablierung neuer Berufsfachschulen auch langfristig gesichert wird. Zeitlich enge Terminierungen, die den Neugründungen schon in der Gründungsurkunde einen Verfallsstempel aufdrücken, lehnten der BLBS ab. Wenn es gelingt, berufliche Vollzeitschulen nicht als lediglich geduldete Konkurrenz zum dualen System zu sehen, sondern

als eine Bereicherung, dann ist viel gewonnen.

Natürlich haben sich die berufsbildenden Schulen aufgrund der fehlenden Ausbildungsplätze im Bereich der Berufsvorbereitung in quantitativ neuen Dimensionen einrichten müssen. Für die beteiligten Lehrkräfte verlangt dies oft einen unerhörten Spagat. Einerseits sollen sie auf höchstem fachlichen Niveau in Fachklassen Unterricht erteilen und andererseits ohne Unterstützung bei den ganz anders gelagerten Fragestellungen des Unterrichts in Berufsvorbereitungsmaßnahmen professionell agieren.

Im Ganzen aber wird sich das berufliche Schulwesen durch seine starke Nachfrage, durch sein interessantes und anspruchsvolles Angebot und durch die Fähigkeit, sich auch auf neue Situationen flexibel einzustellen, immer stärker profilieren und etablieren.

ZBW: *Mit dem neuen Berufsbildungsgesetz ist den Bundesländern verstärkt die Möglichkeit gegeben worden, vollzeitschulische Formen der Berufsausbildung mit der Kammerprüfung zu verbinden. Die Umsetzung vollzieht sich momentan jedoch sehr schleppend. Handelt es sich bei der Schaffung dieser Option um eine Totgeburt? Wo sehen Sie die Gründe für eine solche Zurückhaltung der Länder?*

Gehlert: Die Wirtschaft hat diese Option der vollzeitschulischen Berufsausbildung mit dem Rechtsanspruch auf Zulassung zur Kammerprüfung als Verschulung der Berufsausbildung zunächst massiv abgelehnt. Inzwischen setzt sich, wenn auch nur zaghaft, bei wichtigen Wirtschaftsfunktionären die Einsicht durch, dass man hier eine reflexhafte Abwehrhaltung aufgebaut hat, ohne die tatsächliche Interessenlage der abnehmenden Wirtschaft zu berücksichtigen. Gleichzeitig ist der Staat mit der Gründung entsprechender Berufsfachschulen wegen der monetären Konsequenzen für die Länderhaushalte grundsätzlich zurückhaltend. So wird zwar die Option „Berufsfachschulen mit Kammerprüfung“ nicht massenhaft genutzt werden, aber sie wird in immer mehr Einzelfällen als eine adäquate Problemlösung gesehen und umgesetzt. Dies ist letztlich ein Erfolg der Vernunft und der Verantwortung über ideologisch begründete Abwehrhaltungen. Man darf durchaus davon ausgehen, dass sich diese Einzelbeispiele bewähren und dadurch auch an weiterer Anziehungskraft gewinnen werden. Die Landesausschüsse für Berufsbildung haben eine lange Liste von Konditionen zur Gründung solcher Berufsfachschulen aufgestellt. Die Länder, die in der Regel noch davon ausgehen, dass aufgrund der wirtschaftlichen Lage in Deutschland den Wirtschaftsvertretern immer Recht gegeben werden müsse und Konflikte zu vermeiden seien - eine der Lebenslügen, die zur Zeit in der politischen Diskussion so intensiv diskutiert werden - führen zusammen mit den befürchteten Haushaltsbelastungen zu einer zurückhaltenden Strategie auf Länderseite. Gleichwohl ist erkennbar, dass aus Verantwortung gegenüber der Jugend die Länder bereit sind da, wo sich die Wirtschaft einsichtig und willig zeigt, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

ZBW: *Auch nach dem neuen Berufsbildungsgesetz ist es nicht vorgesehen, die Berufsschulleistungen als Teil der Abschlussprüfung zu werten. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Forderung nach einer gleichwertigen Berücksichtigung der Berufsschulleistungen umzusetzen?*

Gehlert: Ein kooperativer Dualismus, wie er dem BLBS zur Stärkung des dualen Systems vorschwebt, geht davon aus, dass sich Betrieb und Schule auf Augenhöhe um die Ausbildungskonzeption verantwortlich bemühen. Sieht

man einmal von den Positionen der Kammern ab, die die Prüfungsabwicklung in eigener und ausschließlicher Hoheit wesentlich zu ihrer Daseinsberechtigung brauchen, so stellt man bei vielen führenden Wirtschaftsvertretern in anderen Organisationen eine Übereinstimmung mit den Positionen der Lehrerverbände fest. Demnach sollten die von der Berufsschule feststellbaren Prüfungsleistungen in das Kammerzeugnis eingerechnet werden. Diese Forderung bleibt selbstverständlich auf der Tagesordnung. Durch öffentliche Diskussionen und Argumentationen wird es auf Dauer gelingen, die Vorstellungen der Schulseite durchzusetzen. Für die Betriebe würde das unter dem Strich eine erhebliche Entlastung im Prüfergeschäft und damit einen ökonomischen Vorteil bedeuten, und jedermann weiß, dass genau diese Überlegungen nicht ohne Wirkung bleiben werden. Die erhöhten Anforderungen an Prüfungsaufwand und Fachkompetenz bei den Prüfungen werden es auch notwendig machen, dass die Prüfungen jenseits aller Grundsatzdiskussionen stärker von den qualifizierten Lehrkräften berufsbildender Schulen getragen werden. Die dafür notwendigen erheblichen Zeitressourcen werden bei den insgesamt gestiegenen Anforderungen an die Arbeitsbelastung der Lehrer nicht mehr nur im Good-Will-Verfahren zu leisten sein und müssen deshalb vom Staat nicht nur als Subventionen an die Kammern, sondern auch in Eigenregie übernommen werden.

ZBW: *Berufsschulen engagieren sich bereits seit geraumer Zeit auch in der Weiterbildung. Kritiker weisen darauf hin, dass insbesondere in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte ein solches Engagement nicht zu rechtfertigen sei – erst sollten die Schulen mal ihre ‚Hausaufgaben' in der dualen und vollzeitschulischen Ausbildung machen. Ist diese Kritik gerechtfertigt?*

Gehlert: Erst die Pflicht und dann die Kür ist eine vernünftige Position. Diese Regel beherrscht auch die Praxis an den berufsbildenden Schulen. Dass die Lehrkräfte über ihr Pflichtmaß hinaus sich trotzdem auch in der Weiterbildung zusätzlich engagieren liegt an einer Art missionarischem Eifer. Die berufsbildenden Schulen haben die notwendige Sachausstattung und ein hervorragend qualifiziertes Lehrpersonal, um Weiterbildungsaufgaben mit hohem Qualitätsanspruch zu übernehmen Die Weiterbildung, die an berufsbildenden Schulen außerhalb des Hauptamtes, z.B. über Fördervereine, organisiert wird, ist immer von der Überzeugung der Lehrer getragen, dass man es selbst am besten kann. Die berufsbildenden Schulen als Weiterbildungsträger kennen häufig ihre Teilnehmer aus der beruflichen Erstausbildung. Man weiß, wo man ansetzen muss, und die Lehrkräfte verfügen über eine methodisch-didaktische Professionalität, die die Lernvoraussetzungen der Teilnehmer zu nutzen versteht. Das Engagement von Berufsschulen in der Weiterbildung zeigt, dass man hier ohne Doppelinvestitionen anspruchsvolle und kostengünstige Weiterbildungsangebote offerieren kann. Dieses Engagement steht im direkten Zusammenhang mit dem Anspruch der Berufsschulen, Kompetenzzentren in der Region zu sein. Durch die fachlichen Ausrichtungen dieser Kompetenzzentren ist die fachspezifische Weiterbildung eine logische Ergänzung des Bildungsangebotes.

ZBW: *Die bildungspolitische Debatte um die Entwicklungsmöglichkeiten berufsbildender Schulen wird zurzeit auch mit der Blickrichtung regionaler Kompetenzzentren und Berufsbildungsnetzwerke geführt. Welche Potentiale sind für die Berufsschule damit verbunden und welche sollten bzw. könnten genutzt werden?*

Gehlert: Unter mittelfristiger Perspektive werden sich die Berufsschulen in der Bundesrepublik Deutschland zu klar gegliederten Kompetenzzentren entwickelt haben. In den verschiedenen regionalen Berufsbildungsnetzwerken fällt ihnen die zentrale Rolle zu, zusammen mit dem Lernort Betrieb die Ausbildungsverantwortung zu tragen. Zwischen Schule und Betrieb werden sich deshalb kooperative Strukturen verstärkt entwickeln, die es ermöglichen die Lernortkooperation nicht nur in organisatorischer Hinsicht, sondern im didaktisch-methodischen Bereich durchzuführen.

Die Entwicklung der Berufsschulen zu Kompetenzzentren bedeutet, dass sie gerade unter fachlichen Gesichtspunkten zur „ersten Adresse“ in ihrer Region werden. Durch regionale Absprachen mit weiteren Bildungsträgern, die einzelne Angebote der Berufsbildung vorhalten, kann es gelingen, Wettbewerb zuzulassen und gleichzeitig für ökonomische Vernunft zu sorgen. Mehr als bisher können dann Synergieeffekte zwischen den Partnern beruflicher Aus- und Weiterbildung genutzt und staatliche Subventionen bei außerschulischen Bildungsangeboten reduziert werden.

Die beruflichen Schulen werden sich einem permanenten Innovationsprozess stellen und als Bildungsdienstleister in der Region Qualitätsmanagementsysteme, die zugehörigen Evaluationsprozesse und Feedbackstrukturen installieren. Die Entwicklung zu Kompetenzzentren muss man im Zusammenhang mit der Entwicklung zu eigenverantwortlichen Schulen sehen. Die Übertragung von Verantwortung galt und gilt als Triebfeder für eine motivierte und effiziente Arbeit. Dazu zählt ein erweitertes Budgetierungsrecht sowohl bei der sächlichen als auch bei der personellen Ausstattung. Ein interessanter Vorschlag favorisiert, als optimale Rechtsform für ein Kompetenzzentrum die rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts. Die Schulen können dann selbstständig Rechtsgeschäfte abschließen ohne das Beamtenverhältnis der Lehrer zu gefährden.

ZBW: *Die europäische Entwicklung führt im Zuge des so genannten Bologna-Prozesses zu nachdrücklichen Veränderungen in den Hochschulen. Unter den Stichworten „Europäischer Qualifikationsrahmen (EQF)“ und der Einführung von Kreditpunkten auch im Ausbildungsbereich (ECVET) werden ähnliche Veränderungen auch im Bereich der Berufsbildung angestrebt. Worin sehen Sie die zentralen Herausforderungen dieser Diskussion?*

Gehlert: Wie der Bologna-Prozess für die Entwicklung bei den Hochschulen steht, so ist der Kopenhagen-Prozess das Stichwort für den Berufsbildungsbereich. Es geht dabei um Entwicklungslinien, nämlich den Europäischen Qualifikationsrahmen und das Kreditpunktesystem in der beruflichen Bildung. Es ist auffallend, dass sich in dieser Frage vor allem die Sozialpartner engagieren und versuchen, ihre Interessen auch zu artikulieren und entsprechende Positionen mehrheitsfähig zu machen. Die Kultusseite zieht sich hier auf ein falsch verstandenes Föderalismusverständnis zurück und agiert übervorsichtig. Dabei ist es gerade für die berufsbildenden Schulen wichtig, dass sie im Europäischen Qualifikationsrahmen entsprechend positioniert werden und sie sich auch in einem nationalen Qualifikationsrahmen angemessen wieder finden.

Das Credit-Point-System in der Berufsbildung (ECVET) wird ein wichtiger Baustein sein, um die notwendige Durchlässigkeit zwischen dem Berufsbildungssystem und dem Hochschulraum in praktikabler Weise herzustellen. Die aktuelle Flut von Fachtagungen wird von der Kultusseite viel zu wenig mitgestaltet. Die Nationale Agentur, das Bundesmi-

nisterium für Bildung und Forschung und das Berufsbildungsinstitut sind hier Akteure mit Gewicht und Gehör. Die Kultusseite ist nur durch wenige, wenn auch engagierte und eloquente Vertreter in diesem Prozess eingebunden. Die Diskussion läuft außerdem viel zu stark in reinen Fachzirkeln ab und erreicht kaum die Lehrerschaft an berufsbildenden Schulen. Man braucht nur einmal im Lande nachzufragen, wo in einer staatlichen Fortbildungsveranstaltung die Themen EQF, NQF und ECVET thematisiert und aufgegriffen wurden. Es bleibt deshalb eine zentrale Herausforderung, dass die Kultusseite sich in diesen Prozess mit Nachdruck und mit Nachhaltigkeit einschaltet. Zugleich wird es notwendig sein, die gesamte Bildungsadministration und die Lehrkräfte umfassend zu informieren und in den Diskussionsprozess einzubinden.

ZBW: *Zu einem neuen alten Thema! Berufliche Schulen sollen im Zuge eines verstärkten New Public Managements ein höheres Maß an Autonomie erhalten - so jedenfalls sagen es die vielen bildungspolitischen Bekenntnisse von politischer Seite. Gleichzeitig werden in einzelnen Bundesländern Schulinspektoren eingeführt, über Qualitätsagenturen von außen neue Steuermechanismen und externe Ziele eingeführt u. a. m. Bewirkt diese Tendenz zu einer „Autonomie nach Vorschriften" in den Schulen nicht das Gegenteil dessen, was politisch postuliert wird?*

Gehlert: Die Stichworte „eigenständige Schule" und „Qualitätssicherung" sind die Feldstandarten einer modernen Schulpolitik geworden. Natürlich gibt es auch hier eine Art Doppelmoral. Einerseits wird allseits betont, dass die Schule als lernende Organisation notwendigen Freiraum braucht um sich selbst zu organisieren und im Wettbewerb ihre Stärken selbstständig zur Geltung bringen muss. Gleichzeitig geht es darum, Ressourcen einzusparen und die Akteure vor Ort, d. h. an den Schulen, zur Selbstausbeutung anzureizen. Trotzdem bin ich sicher, dass hier Schwarz-Weiß-Malerei nicht die angemessene Antwort ist. Ich bin überzeugt, dass eigenständige Schulen ihre Freiräume verantwortungsvoll nutzen werden. Externe Evaluationen sind als Preis dieser Freiheit zu akzeptieren, wenn sie erkennbar darauf angelegt sind, den Schulen die notwendige Rückmeldung zu geben und nicht einer Schulaufsicht alten Stils unter einem neuen Etikett wieder Leben einzuhauchen. Deshalb ist der Begriff „Schulinspektion" für mich psychologisch eher unglücklich. Evaluationsteams, die auf Grund ihrer Zusammensetzung und Befähigung auch das Vertrauen der evaluierten Schule haben, sind kein Schreckgespenst. Entscheidend sind Dosis und Wirkung. Evaluation in größeren Zeitabständen, qualifizierte Ergebnisfeststellung, offene und vertrauensvolle Besprechung der Konsequenzen, vernünftige Zielvereinbarungen und angemessene Umsetzungszeiträume sind notwendige Voraussetzungen. Die Leidenschaft der Bildungsadministration, ungebremst Daten zu erheben, ist bekannt. Gerade Mittelbehörden neigen dazu, oft päpstlicher sein zu wollen, als der Papst. Es muss verhindert werden, dass Vorschriften, Formulare und Berichtswesen die Schulen einengen oder gar strangulieren. Wenn aber die Idee der eigenständigen Schule von Politik, Schulverwaltung und Schule verstanden und gewollt wird, dann werden die Chancen und Möglichkeiten auch genutzt. Es gibt im Lande mehr gelungene als problematische Beispiele.

ZBW: *Nach PISA wird verstärkt die Qualitätsentwicklung im Bildungswesen beschworen. Halten Sie – analog zur PISA-Studie – im Bereich der Berufsbildung eine internationale Vergleichsstu-*

die für sinnvoll und möglich, die einen Effekt auf die Qualitätsdiskussion der Berufsbildung auslösen könnte?

Gehlert: Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung haben an den beruflichen Schulen bereits einen hohen Stand erreicht. Dieses positive Zwischenresümee darf uns aber nicht selbstgefällig werden lassen. Auch das allgemein bildende Schulwesen musste erleben, dass die gutgläubige Überzeugung, Spitze zu sein, durch den PISA-Schock gründlich erschüttert wurde. Gerade in der Berufsbildung hören wir immer wieder das kritiklose Loblied auf das duale System, und die Politik bejubelt es als Erfolgsmodell und Exportschlager, obwohl seine Strukturprobleme unübersehbar sind.

Die Komplexität des deutschen Bildungssystems macht es notwendig, die Frage der Qualitätssicherung nicht nur als eine Frage der öffentlichen Schulen zu betrachten. Vielmehr ist es nicht nur sinnvoll, sondern notwendig für das Gesamtsystem ein umfassendes „Berufsbildungs-PISA“ als Prüfstand für unser Berufsbildungssystem auf die Agenda zu setzen. Es sollte auch die berufliche Weiterbildung einschließen und die sich schnell ändernden Qualifikationsanforderungen im Erwerbsleben erfassen.

Ich hoffe nicht, dass ein solches Berufsbildungs-PISA zu einem weiteren PISA-Schock führen wird, doch es ist ganz selbstverständlich, dass die Ergebnisse einer solchen Studie der Qualitätsdiskussion mit Blick auf die Berufsbildung in Deutschland neue Impulse geben würden. Machbarkeitsstudien haben gezeigt, dass ein Berufsbildungs-PISA prinzipiell möglich ist. Eine solche Vergleichsstudie muss aber gewollt sein! Man darf schon gespannt sein, wie sich Kammern, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften positionieren, wenn es ernst wird und man nicht nur die beruflichen Schulen, sondern auch die Betriebe und ihre Ausbildungsleistungen analysiert und z.B. zu einem Ranking zwischen verschiedenen Branchen oder Betriebsgrößenklassen kommt.

Lassen Sie mich zu den bisherigen PISA-Studien noch feststellen, dass die getesteten Kompetenzdimensionen in einem direkten Zusammenhang mit der Entwicklung beruflicher Kompetenzen stehen. Die PISA-Studien lassen deshalb zumindest tendenziell Prognosen für die Ausbildungsfähigkeit und den Ausbildungserfolg zu. Verbesserte PISA-Ergebnisse sollten deshalb auch eine der Voraussetzungen sein, um bei einem Berufsbildungs-PISA zu weniger dramatischen Ergebnissen zu kommen.

ZBW: *Inwieweit halten Sie die Diskussion über die Einführung von Bildungsstandards auch für die berufsbildenden Schulen für relevant?*

Gehlert: Die Kultusministerkonferenz hat sich die Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Unterricht und Schule auf der Grundlage von verbindlichen Standards als bedeutendes Handlungsfeld vorgegeben und für allgemeinbildende Unterrichtsfächer auch engagiert vorangebracht. Für die beruflichen Vollzeitschulen, insbesondere der weiterführenden beruflichen Schulen, werden die zu entwickelnden Bildungsstandards auch die Messlatte darstellen. Für diesen Bereich der beruflichen Schulformen müssen aber eigene, berufsfeldbezogene Aufgabenbeispiele entwickelt und bereitgestellt werden. Dies kann nur durch die Einbeziehung von Fachleuten der beruflichen Bildung in den Prozess der Bildungsstandardentwicklung und Evaluation erreicht werden.

Die Entwicklung der Bildungsstandards ist ungeheuer aufwendig. Es ist schwer vorstellbar, dass für die vielfältigen beruflichen Domänen mit gleicher Gründlichkeit wie das derzeit z.B. am Unterrichtsfach Mathematik geschieht, Bildungsstandards entwickelt werden.

Massive Umsetzungsprobleme in Sachen Bildungsstandards sind an der Teilzeitberufschule im Bereich des dualen Systems gegeben. Das beginnt schon damit, dass die derzeitigen Ausbildungsordnungen keinesfalls im Sinne der Bildungsstandards ausreichend kompetenzbasiert ausformuliert sind, zugleich besteht die nicht unberechtigte Sorge, dass die Bildungsstandards des allgemeinbildenden Bereiches die berufliche Bildung zunehmend dominieren könnten.

Es ist deshalb darauf zu achten, dass die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung sich nicht erneut zu Ungunsten der beruflichen Bildung verschiebt. Im Übrigen bleibt abzuwarten, wie weit die Föderalismusreform die Länder ermuntert, bei Bildungsstandards und Qualitätssicherung von der bundeseinheitlichen Linie abzuweichen.

ZBW: *Im Zuge der Föderalismusreform und des damit verbundenen Abbaus von Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern wird die „Rahmenvereinbarung Modellversuche im Bildungswesen" und das bewährte länderübergreifende Instrument für qualitative Innovationen im beruflichen Schulwesen entfallen. Welche Konsequenzen sollten aus dieser Tatsache gezogen werden?*

Gehlert: Die „Rahmenvereinbarung Modellversuche im Bildungswesen" hat für die Berufsbildung wichtige Impulse gesetzt. Die Vielfalt der initiierten Modellversuche stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen der wissenschaftlichen Forschung und der unterrichtspraktischen Umsetzung dar und hat beide Bereiche einander näher gebracht. Jetzt droht eine doppelte Trennung. Auf der einen Seite werden Forschung und Praxis nicht mehr so intensiv aufeinander bezogen sein und auf der anderen Seite ist der Rückzug auf länderspezifische Interessen programmiert. Eine solche Entwicklung bedauert der BLBS. Er fordert daher die Politik auf, nach Äquivalenten zu suchen. Auch an dieser Stelle ist eine starke KMK - Wo ist sie nur? - gefordert. Sie sollte die Initiative ergreifen und durch Selbstverpflichtung der Länder zu länderübergreifenden Forschungsvorhaben im Bereich der beruflichen Bildung beitragen. Innovationen und Reformen bedürfen eines übergeordneten Gremiums, das Gesamtverantwortung übernimmt und bei der Ressourcenverteilung auf Effizienz und Chancengleichheit achtet. Solche übergeordneten Koordinationsinstitutionen verhindern nicht den Wettbewerb der Länder untereinander, sondern sichern lediglich die Voraussetzungen dafür.

ZBW: *Herr Gehlert, wir danken Ihnen für das Gespräch.*

Das Interview führten Dieter Euler und Günter Pätzold.